

## A9

# In Verantwortung für die Menschen – Sparen UND gestalten

Antragsteller: Jusos

Adressat:

---

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Im März 2011 hat der Rat der Stadt Wuppertal weitere Teile des vom Oberbürgermeister  
2 und Kämmerer vorgeschlagenen Haushaltssicherungskonzeptes beschlossen. Mit  
3 Einsparungen im Volumen von 80 Mio. Euro jährlich sollen so bis zum Jahr 2014 216 Mio.  
4 Euro eingespart werden. Sparen war für die Wuppertalerinnen und Wuppertaler nichts  
5 Neues, handelte es sich doch bereits um das 10. Haushaltssicherungskonzept. Gegenüber  
6 vorherigen Einsparvorschlägen hatte das letzte Haushaltssicherungskonzept aber eine  
7 andere Ausrichtung. Es war radikaler, es war umfassender und es blieb nahezu kein  
8 Bereich des städtischen Lebens unberührt. Dies zeigte sich letztlich auch an der stark  
9 emotionalisierten Debatte über das Haushaltssicherungskonzept in der SPD und an dem  
10 Umstand, dass bis heute noch nicht alle Maßnahmen des HSK politisch beschlossen  
11 wurden.

12

13 „Sparen um zu gestalten“ war der Titel des letzten Haushaltssicherungskonzeptes. Schon  
14 der Titel war verfehlt, denn Gestaltungsmöglichkeiten konnten Politik und Verwaltung  
15 dadurch nicht erlangen. Die Folgen werden aber nachhaltig für Veränderungen in  
16 unserer Stadt sorgen. Die Schließung von Schwimmbädern, die Reduzierung städtischer  
17 Leistungen und vermindertes Angebot durch weniger Personal im öffentlichen Dienst,  
18 Einschränkungen im Sozial- und Jugendbereich und zuletzt auch Auswirkungen auf die  
19 Kulturlandschaft in unserer Stadt sind oder werden unmittelbare Folge sein.

20

21 Für uns Jusos ist daneben festzuhalten, dass Politik sich hinter den Vorschlägen der  
22 Verwaltung versteckt hat und der Mut zu eigenen Beschlussvorschlägen und frühen  
23 Entscheidungen gefehlt hat. Erst der Unterbezirksparteitag der SPD im März dieses  
24 Jahres hat für die Partei Möglichkeiten eröffnet, das Haushaltssicherungskonzept  
25 umfassend zu diskutieren und Positionen auszuarbeiten. Eine Aufgabe, der sich die  
26 Politik seit der Veröffentlichung des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes hätte  
27 stellen müssen und nicht gestellt hat. Die SPD ist eine Beteiligungspartei und die SPD ist

28 eine Programmpartei. Davon war in der Debatte um die Einsparvorgaben wenig zu  
29 merken. Daher erneuern wir Jusos unsere Kritik an der Art und Weise des Umgangs mit  
30 solchen Fragen in unserer Partei und erwarten eine stärkere und frühere Einbindung der  
31 Parteibasis bei solchen Themen. Wir sind es uns selbst schuldig, programmatisch Kurs zu  
32 halten und die Basis zu beteiligen, gerade wenn es kontroverse Diskussionen gibt. Nur  
33 damit bleibt die Politik der SPD in Wuppertal verlässlich und macht sich unabhängig von  
34 externer Einflussnahme. Leidenschaft, Beharrlichkeit und Augenmaß sind die Tugenden,  
35 zu der die SPD in dieser Debatte zurückfinden muss. Die große Kooperation ist nicht  
36 Mittel zum Zweck. Sie muss genutzt werden, um sozialdemokratische Politik und  
37 Pogrammatik durchzusetzen und nicht Mehrheitsbeschafferin für Interessen von  
38 Oberbürgermeister und Kämmerer sein.

39

#### 40 **Wuppertal 2016 – Der Stärkungspakt Stadtfinanzen – Unsere Anforderungen**

41 Mit zusätzlichen Mitteln im Nachtragshaushalt 2010, in den  
42 Gemeindefinanzierungsgesetzen 2011, in dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 und  
43 dem Stärkungspakt Stadtfinanzen kam und kommt die rot-grüne Landesregierung  
44 endlich der kommunalen Forderung nach einer Erhöhung der finanziellen Zuweisungen  
45 an die Kommunen nach. An dieser Stelle gebührt unser ausdrücklicher Dank den  
46 Wuppertaler Landtagsabgeordneten, die für Wuppertaler Interessen gekämpft haben  
47 und erfolgreich waren. Ihr habt Wort gehalten und Wahlkampfversprechen Taten folgen  
48 lassen!

49

50 Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen kommt aber auch die Debatte, um ein weiteres  
51 Haushaltssicherungskonzept, zu dessen Aufstellung die Stadt gesetzlich verpflichtet ist.  
52 Sich Einsparmaßnahmen kategorisch zu entziehen, halten wir für verkehrt. Eine  
53 pauschale Beurteilung verbietet sich daher. Nach welchen Maßstäben wollen wir aber  
54 das kommende Haushaltssicherungskonzept bewerten? Mit den Festlegungen im  
55 Kommunalwahlprogramm steht die SPD für eine leistungsfähige und bürgerorientierte  
56 Daseinsvorsorge. Auch hier gilt es Wort zu halten! Der Staat muss nicht selber alles  
57 leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern für alle Menschen  
58 gewährleisten. Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge dürfen nicht mit Blick auf  
59 Renditeerwägungen und Einsparpotentialen der Preisgabe ausgesetzt werden. Wir Jusos  
60 fordern daher:

- 61 • Das Leitbild unserer Politik muss die solidarische Stadt sein, die allen  
62 Bewohnerinnen und Bewohnern zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen,  
63 ökonomischen und kulturellen Leben einlädt. Daran müssen  
64 Einsparmaßnahmen zuerst gemessen werden und sind abzulehnen, wenn sie  
65 diesem Leitbild entgegenstehen.

66

67 Kein politisches Vorhaben von heute kann bewertet werden, ohne den Blick auf das  
68 Morgen, auf die künftigen Generationen zu werfen. Nachhaltigkeit und  
69 Generationengerechtigkeit sind zwei Begriffe, die dann schnell Hochkonjunktur haben.  
70 Wer Schuldenabbau im Sinne der Entlastung künftiger Generationen betreibt und ihnen  
71 ungeahnte Handlungsspielräume verspricht, wird schnell von Kritik am eigenen Tun  
72 befreit, scheint doch der Anspruch moralisch unangreifbar. So wird dann angestrebte,  
73 staatliche Askese im Hier und Jetzt zum Heilsversprechen für die künftigen  
74 Generationen. Wir Jusos verstehen aber Generationengerechtigkeit als die Herstellung  
75 von mindestens gleichen Lebenschancen für nachfolgende Generationen. Heute  
76 abverlangte Kürzungen verstärken Ungleichheiten und schaffen damit gerade keine  
77 Ausgangssituation, die mehr Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit in der Zukunft  
78 verheißt. Nachhaltiger Erhalt von Ressourcen und Strukturen ist damit eines der  
79 zentralen Grundprinzipien politischen und wirtschaftlichen Handelns aus unserer Sicht.  
80 Politik müssen wir von unserem Bild von der Gesellschaft her gestalten; durch  
81 demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle  
82 Teilhabe. Wir Jusos fordern daher:

- 83 • Die SPD muss die eigene Programmatik noch stärker auf das Prinzip der  
84 Nachhaltigkeit ausrichten. Wir setzen auf Fortschritt, Bildung und  
85 Qualifizierung, um nachhaltige Entwicklungen zu ermöglichen. Die Ansiedlung  
86 von technischen und wirtschaftlichen Exzellenzbetrieben in Kooperation von  
87 Partnern vor Ort muss eines der zentralen politischen Ziele werden.
- 88 • Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht kontinuierlich ansteigende  
89 öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Es gilt auch in  
90 finanziell schwierigen Zeiten Handlungsmöglichkeiten und Konzepte mit Hilfe  
91 der EU, des Bundes und des Landes zu entwickeln.

92

93 Gerade die junge Generation ist mit vielfältigen sozialen Problemen konfrontiert, die von  
94 der SPD aufgegriffen werden müssen. Unter anderem Alleinerziehenden,  
95 BerufsanfängerInnen, jungen Familien, jungen berufstätigen Frauen, Menschen mit  
96 Behinderung, Niedrigqualifizierten, jungen AkademikerInnen, Auszubildenden und  
97 Ausbildungsplatzsuchenden werden allzu oft Steine in den Weg gelegt. Die SPD muss  
98 sich gezielt auf die sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Wahrnehmung dieser  
99 Interessen konzentrieren. Wir Jusos fordern daher:

- 100 • Weitere Kürzungen im Jugend-, Bildungs- und Sozialbereich wird die SPD nicht  
101 mittragen. Dort wo Personal, Mittel und Möglichkeiten fehlen, werden  
102 Lösungsansätze gesucht, entwickelt und umgesetzt. Die Betreuung von  
103 Jugendlichen und den Interessen junger Menschen muss am Bedarf orientiert  
104 sein und nicht am Aufwand.
- 105 • Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Perspektiven muss in der Entwicklung der  
106 Stadt endlich Priorität erhalten. Letztlich kann damit auch der Schrumpfung



107 entgegen gewirkt werden, die vielerorts als Ursache für  
108 Kürzungsnotwendigkeiten ins Feld geführt wird.

109 Richtig ist: Opposition ist Mist. Richtig ist aber auch, dass Regieren und die Übernahme  
110 von Verantwortung kein Selbstzweck ist. Die Politik der SPD muss gut sein und nicht bloß  
111 weniger schlecht als die der anderen. Die Wuppertaler Sozialdemokratie und auch die  
112 Jusos müssen sich daher in den kommenden Jahren ein Stück weit neu erfinden und die  
113 Debatten angehen, denen wir in letzter Zeit, insbesondere im Kulturbereich, aus dem  
114 Weg gegangen sind. Wir müssen über den Tellerrand schauen, um die Kraft für einen  
115 Kurs der nachhaltigen Entwicklung von Perspektiven zu finden und hierfür mit  
116 Leidenschaft und Überzeugung streiten. Wir Jusos glauben, dass dieser Kurs nicht in der  
117 Begleitung von alternativlos betitulierten Kürzungsszenarien liegen kann. Die SPD muss  
118 innovativer sein und sein können. Wir Jusos Wuppertal fordern deshalb:

- 119 • Die SPD lehnt Kürzungsvorschläge nach Art, Umfang und Ansatz des letzten  
120 Haushaltssicherungskonzeptes in der neuen Debatte von vornherein ab. Der  
121 Drops ist gelutscht und mehr Einsparungen gehen in diesen Bereichen schlicht  
122 nicht.
- 123 • Die SPD lehnt weiteren Abbau von städtischem Personal als indirekten Weg zum  
124 Abbau von Leistungen ab.
- 125 • Die SPD fordert eine Verbreiterung der Einnahmen durch zusätzliche und neue  
126 Steuern. Insbesondere die Erhebung einer Bettensteuer und die Anhebung der  
127 Grundsteuer B und der Gewerbesteuer sind zu prüfen.
- 128 • Die SPD fordert eine Überprüfung von Konsolidierungsbeiträgen im städtischen  
129 Beteiligungsportfolio ohne Tabus.

130

131 In Wuppertal muss endlich Schluss sein mit einer Debatte des „Weniger ist mehr“. Die  
132 negativen Auswirkungen auf das Image der Stadt haben und werden nachhaltigen  
133 Schaden hinterlassen. Wir Jusos weigern uns einen Kurs mitzutragen, der nur auf Abbau  
134 gerichtet ist. Investitionen in die Zukunft muss nun das Motto lauten, dem sich alle  
135 gesellschaftlichen Kräfte nun zuordnen.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: